

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Morgens, Mittags, Donnerstags
und Sonnabends früh 7½ Uhr.
Gesetzliche Beilage: Delgabe Nr. 5.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
Für das Quartal: 1 Mark bei Abholung; —
1 Mark 20 Hg. durch den Fernträger; —
1 Mark 25 Hg. durch die Post.

No. 231

Dienstag den 22. November.

1892.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegen genommen.

Zusätze finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechendste Verbreitung.

Das preussische Staatsministerium und die Militärvorlage.

Am Schlusse seiner Rede bei der ersten Verathung der Steuerreform hat der Abg. Richter im Abgeordnetenhaus in treffender Weise auf die Verwirrung hingewiesen, welche durch die gleichzeitige Verathung der wichtigen Steuerreform im preussischen Landtag und der Militärvorlage — der größten, mit der der Reichstag sich jemals zu beschäftigen hatte, hingewiesen und dieselbe als die Folge der Halbierung des Reichskanzleramts, der Trennung der Stellung des Präsidenten des preussischen Staatsministeriums von demjenigen des Reichskanzlers bezeichnet. Die Wirkung dieser Trennung wird das maßlose Ueberwachen militärischer Ansprüche gewesen. Herr Richter erhob hierbei den Vorwurf gegen das preussische Staatsministerium, daß es nicht energisch gegen die gleichzeitige Befassung des Reichstags mit der militärischen Vorlage eingetreten sei, welche eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 100 000 Mann, eine Steigerung des Militäretats um 67 Millionen Mark und ein Bündel neuer indirecter Steuerentwürfe zur Deckung derselben erfordere in einem Augenblicke, wo der preussische Landtag mit neuen directen Steuerprojecten in Anspruch genommen sei. Zum mindesten hätte die Militärvorlage bis zum nächsten Jahre vertagt werden müssen. Wie werde das Abg.-Haus in Ruhe weiter beraten können, wenn der Reichstag aufgelöst werde? Als auf der rechten Seite des Zweifels laut wurden, entgegnete der Abg. Richter, die Herren hätten offenbar keine Ahnung davon, daß der Reichskanzler mit seiner ganzen Ueberzeugung für die Militärvorlage eintreten werde. Was die Dinge sitzen, sei die Möglichkeit gegeben, daß das Ergebnis der Verhandlungen im Reichstage wie im Landtage ein negatives sei. Der Minister des Innern erkünte auch seinerseits an, daß die Militärvorlage den ersten Rang behaupte, da er die Kreisblätter mit Artikeln für die Militärvorlage anfüllen lasse, während von der Steuerreform gar nicht die Rede sei. Die Entgegnung des Ministerpräsidenten beschränkte sich auf die Erklärung, daß das preussische Staatsministerium keineswegs bei den Verhandlungen über die Militärvorlage in den Hintergrund zurückgedrängt worden sei. Das preussische Staatsministerium sei über die Vorlage in allen Stadien informiert worden und habe derselben in voller Ueberzeugung zugestimmt. Daran anknüpfend erhob Graf Eulenburg die Anklage gegen die Presse, daß sie die Militärvorlage unzulässiger Weise bekämpft habe. Eines schönen Tages sei die Nachricht aufgetaucht, die Militärvorlage sei dem Bundesrath vorgelegt worden, während sie thatsächlich dem Staatsministerium zugegangen war. Die Nachricht sei sofort widerlegt worden; gleichwohl habe die Presse wochenlang fortgefahren, über die Zurücksetzung des preussischen Staatsministeriums zu flagen. Graf Eulenburg irrte sich. Es ist richtig, daß zunächst die falsche Nachricht auftauchte, die Militärvorlage sei dem Bundesrath zugegangen. Dieser Nachricht wurde allerdings schon am nächsten Tage widersprochen; aber die berichtete Nachricht, welche damals die „Nat.-Ztg.“ brachte, ging dahin, daß die Militärvorlage dem Staatsministerium zugegangen sei, aber nur zur Kenntnisaufnahme. Diese Meldung war es, die einen Sturm der Entrüstung in der Presse hervorrief. Was ist unzutreffend, warum hat Graf Eulenburg damals nicht sofort im „Reichsanzeiger“ das Gegentheil erklärt lassen? Damals wäre die Erklärung, die er

am Sonnabend im Abgeordnetenhaus abgegeben, am Plage gewesen. Weßhalb ist sie nicht bei Zeiten erfolgt? Eine solche Erklärung hätte den Erörterungen der Zeitungen mit einem Schlage ein Ende gemacht. Vor Allem wäre es dann unmöglich gewesen, daß die offiziöse Presse — wie Graf Eulenburg jetzt behauptet, im Widerspruch mit der thatsächlichen Lage — den Nachweis zu erbringen versuchte, daß die Vorlegung des Militärgeheimnisses an das preussische Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme durchaus der langjährigen Praxis entspreche, mit anderen Worten, daß das Staatsministerium gar keinen Anspruch darauf habe, bei der Vorbereitung einer solchen Vorlage im Reichskanzleramt theilhaftig und gefragt zu werden. Wenn Graf Eulenburg heute versichert, daß das in jedem Stadium der Sache geschehen sei, wie war es dann möglich, daß das preussische Staatsministerium damals die von falschen Voraussetzungen ausgehenden, seine staatsrechtliche Stellung beeinträchtigenden Erörterungen in der „N. A. Z.“ u. s. w. über sich ergehen ließ? Auf diese Frage hat Graf Eulenburg auch diesmal keine Antwort gegeben und das wird den Eindruck seiner Worte auf die öffentliche Meinung wesentlich abschwächen. Vielleicht wird die Sachlage durch die Erörterung im Reichstage besser geklärt werden.

Politische Uebersicht.

Zu einer unerhörten Scandalafene ist es in der Freitagssitzung des **österreichischen** Abgeordnetenhauses gekommen. Der Jungtschehe Masfaryk erging sich in wüthenden Angriffen gegen Deutschland, bei denen er u. A. behauptete, der Dreibund habe eine antösterreichische Spitze, und den deutschen Geist verrotte nannte. Der Deutschliberale Abg. Menger trat diesem Ausruch des Denkschaffers mit scharfen Worten entgegen und sagte auf Zwischenrufe hin: „Wir wollen keinen böhmischen Staat (fürmischer Verfalls links; Arm bei den Jungtschehen) und heute ist es Hochverrath, vom böhmischen Staatsrecht zu sprechen.“ Diese Worte Mengers riefen auf den Bänken der Tschechen einen ungeheuren Sturm hervor: sie sprangen von den Bänken auf, klopfen auf die Wülte und Viele führten in die Mitte des Saales zur Präsidententribüne unter den Rufen: „Zur Ordnung! Das lassen wir uns nicht gefallen! Zurückgehen! Widerrufen!“ Dagegen rief die Linke: „Recht hat er, Bravo Menger! Nicht widerrufen!“ Menger rief den Tschechen mit Stentorkimme zu: „Sie sprechen von unpassenden Aeusserungen Masfaryks, aber ein so gefährlicher Hochverräter wie Sie, Professor Masfaryk, ist er nicht.“ Nun steigerte sich die Erregung der Jungtschehen zu einem wahren Toben. Mit drohend gehaltenen Fäusten und wildem Geschrei führten sie gegen die Bänke der Linken. Man schrieb sich gegenseitig allerlei Beleidigungen zu, die in dem allgemeinen Auswut auf der Gallerie unverkennlich blieben. Man sträubte jeden Augenblick, es werde zum Handgemeine kommen. Der Präsident rief Menger wegen seiner Aeusserung zur Ordnung. Trotzdem aber dauerte der Lärm fort, so daß die Sitzung von dem Präsidenten geschlossen werden mußte. Wie verlautet, hat eine ganze Serie jungtschechischer Abgeordneten Menger zum Duell gefordert. Auf Verlangen Masfaryks hat der Präsident am Sonnabend die Wahl eines Mißbilligungsausschusses über die Aeusserung Mengers verfügt: dieser erklärte, eine persönliche Kränkung habe ihm fern gelegen.

Die **französische** Regierung hat bei der Verathung des Entwurfs über die Pressgesetzverschärfungen am Freitag einen provisorischen Erfolg erzielt, insofern, als die Deputirtenkammer dem Verlangen des Ministerpräsidenten Loubet, zunächst über diesen Entwurf zu entscheiden, entsprach und mit 329 gegen 228 Stimmen beschloß, zur Verathung der einzelnen Artikel des Entwurfs überzugehen. Loubet hatte für dies Verlangen die Vertrauensfrage gestellt und zugleich seine Bereit-

willigkeit erklärt, nach der Entscheidung eine Interpellation über die allgemeine Politik des Cabinets zu beantworten. — Ob dieser vorläufige Erfolg auch bei der weiteren Verathung noch anhalten wird, erscheint allerdings sehr zweifelhaft. — Ein politischer Scandal droht in Paris abermals auszubrechen. Floquet wird neuerdings von der „Garde“ angeklagt, daß er sich von der Panamagesellschaft, 300 000 Francs zur Bekämpfung der Wahl Boulangers habe geben lassen. Trotz der Unwahrscheinlichkeit der Beschuldigung nehmen die Pariser Blätter doch ernsthaft davon Notiz. — Eine Anarchistenverhaftung hat am Freitag in Paris stattgefunden. Dieselbe betraf einen Deutschen Namens Franz Büschel, angeblich aus Köln kommend, der anarchistische Broschüren geschrieben haben soll.

Aus Brüssel, 19. Nov., wird uns geschrieben: In der letzten Zeit konnte man in der deutschen Presse allerlei sensationelle Mittheilungen über die furchtbare Erregung lesen, welche sich anlässlich der Verfassungseröffnung im Allgemeinen und der Thronrede im Besonderen der Gemüther in Belgien bemächtigt hätte. Diese Mittheilungen waren indessen in der Fassung, in der sie veröffentlicht wurden, theilweise tadelhaft, um ganz falsche Vorstellungen von der Lage der Dinge in Belgien zu erwecken. Wahr ist nur, daß die Sozialisten in den verschiedenen Städten wiederholt öffentlich Reden zu machen suchten und zwar ohne einen weiteren Erfolg, als daß es hier und da zu Zusammenstößen mit den Wächtern der öffentlichen Ordnung kam, die Bourgeoisie dagegen und die nicht-sozialistischen Arbeiter hielten sich — den 8. November ausgenommen — von allen StraßenDemonstrationen völlig fern. Im ganzen Lande herrscht noch immer die vollständigste Ruhe, die selbst durch die furchtbaren, von den sozialistischen Diktatoren in Gent und Brüssel gegen den Staat und die verrottete Gesellschaft geschleuderten Drohungen keinen Augenblick irgendwie ernstlich gefährdet wurde. Würde alles in Belgien so bleiben, wie es jetzt ist, d. h. hätte man hier nichts anderes zu fürchten als die Drohungen der Herren Ansele und Volbers, daß ihre Geduld demnächst erschöpft sei und daß das Volk also dann sich nehmen würde, was man ihm nicht gönntlich geben wollte, so könnte man hier noch einer langen Reihe von unendlich friedlichen Tagen entgegensehen. Wie indessen heute die Verhältnisse liegen, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß Demonstrationen von der Art derjenigen vom 8. November sich demnächst wiederholen und daß dieselben also dann vielleicht einen recht bedenklichen Charakter annehmen werden. Wer nämlich hier zu Lande sich bei seinem Urtheile über die Gesamtlage nicht allein auf die Behauptungen einzelner hervorragender Parteiorgane verläßt, dem kann es unmöglich ergehen sein, daß speziell seit dem Tage der so arg enttäuschenden Thronrede eine wesentlich andere Stimmung sich eines großen Theiles der Bevölkerung bemächtigt hat und daß in den Anschauungen so vieler eine entschiedene Wendung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes eingetreten ist. Das Volk und die Bourgeoisie nicht am wenigsten, ist den mehr als zwölftägigen Kampf um die Verfassungseröffnung ermüdet müde geworden, eine allgemeine Sehnsucht nach dem endlichen Frieden ist eingetreten, und diese Sehnsucht macht sich immer mehr in der charakteristischen Bemerkung Luft: aber weshalb will man denn eigentlich dem Lande das allgemeine Wahlrecht nicht geben, weshalb streitet man sich fortwährend um alle die Formeln und Verschläge herum, welche nichts Halbes und nichts Ganzes liefern und von denen doch keiner dem jetzigen Schritte ein definitives Ende machen wird? Die Bourgeoisie ist eben auf dem besten Wege, sich vollständig zum allgemeinen Stimmrecht zu bekennen, und sie wird, wie man dies ja bereits hier in Brüssel gesehen hat, sich gegebenen Falles auch förmlich äußern, für die diesbezüglichen Wünsche der Arbeiter auch öffentlich einzutreten. Gerade hierin aber liegt das Bedenkliche der gegenwärtigen Situation, die als ein Zustand dummer Gährung und stiller, aber er

hitterer und allgemeiner Aufsehnung gegen die dem allgemeinen Wahlrecht feindliche Haltung der Kammer-Majorität und der Regierung sich kennzeichnen läßt. Es wäre verfehlt, wollte man nur eine der beiden großen Parteien für diese Lage der Dinge verantwortlich machen. Man findet im liberalen Lager ebenso grimmige und angefehene Gegner des allgemeinen Wahlrechts wie im konservativen, in beiden giebt es Leute, die sich nicht mit dem Gedanken vertragen können, daß jeder unbesoldete Staatsbürger auch Anspruch auf politische Rechte haben soll und die unter allerlei Wendungen immer wieder zu der Grundanschauung zurückkehren: Zur Ausübung des Wahlrechts muß ein gewisses Vermögen vorhanden sein. Vielleicht ist es auf die Initiative des Königs zurückzuführen, wenn jetzt die Regierung, wie es wenigstens heißt, sich zu einer billigeren und weniger engherzigen Auffassung emporgeschwungen hat. Sie will nämlich eine ganz neue Formel in Betreff eines allgemeinen und nur in sehr geringem Maße bedingten Wahlrechts in Vorschlag bringen, und wenn sie energisch für diesen Vorschlag eintritt, so wird sie jedenfalls auch die Genehmigung desselben herbeiführen und somit das Land endlich von der so schädlichen und selbst gefährlichen Aufregung erlösen.

Nach einer Meldung aus Lissabon, 19. Nov., ist unter den Festern des Grafen Folgosa, des Präsidenten des mit den Vorbereitungen für den Empfang des Königs und der Königin von Portugal betraut gewesenen Ausschusses, eine Dynamitbombe geplatzt. Die Untersuchung ist bereits eingeleitet.

Die deutsche Reichsregierung hat bereits zu den Unruhen in Samoa bestimmte Stellung genommen. Der „R. Ztg.“ zufolge ist das deutsche Außenamt mit den Kabinetten von London und Washington in Verbindung getreten, um Maßnahmen zu beschließen, welche der Wiederkehr derartiger Vorkommnisse vorbeugen. Bei allen drei Kabinetten ist der Wunsch einer dauernden Beruhigung der Zustände auf den Samoa-Inseln übereinstimmend vorhanden. Eine Erneuerung der Samoa-Conferenz ist bisher nicht angeregt.

Deutschland.

Berlin, 21. November. Der Kaiser kehrte am Sonnabend Abend 11 Uhr von den Hofjagden in der Gölde nach Potsdam zurück. Großfürst Wladimir hatte sich bereits in Wittenberge von Sr. Maj. verabschiedet, um nach Paris zurückzu kehren. Gestern Vormittag begaben sich der Kaiser und die Kaiserin zu Wagen nach Potsdam, um dort am Totenfest dem Gottesdienste in der Friedenskirche beizuwohnen. Gleichzeitig waren auch die zur Zeit in Potsdam anwesenden Herrschaften daselbst erschienen. Schon am Morgen hatten dieselben nachts die Kränze im Mausoleum in der Friedenskirche, wie auch im Mausoleum in Charlottenburg niederlegen lassen. — Der Regent von Braunschweig, Prinz Albrecht, wird von Schloß Kamenz in Schlesien am Dienstag früh in Berlin eintreffen, während seine Gemahlin bereits heute Abend hier erwartet wird.

— (Der Kaiser hat, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt, wiederholt verschiedenen Personen gegenüber seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der beschlossenen Heeresreform Ausdruck gegeben. — Aus dieser Mitteilung vermögen wir auch nur zu folgern, daß es zu einer Reichstagsauflösung kommen wird.

— (Dementi.) Die Nachricht, der erste Vorgesetzte des Kriegerverbandes Berlin und Umgegend habe dem Kaiser die Bitte vorgetragen, das Protectorat über den deutschen Kriegerbund zu übernehmen, entbehrt der „Post“ zufolge jeder Begründung. Also konnte noch weniger, wie seiner Zeit gleichzeitig behauptet wurde, der Kaiser dieses Protectorat ablehnen.

— (Einen weiteren Rückgang der Reichseinnahmen zeigt der Octoberscheid. Die Zehneinnahmen der Zölle sind im September um 3 Millionen Mark zurückgegangen, die Branntweinverbrauchsabgabe um 1 1/2 Millionen, die Tabaksteuer um ca. 600 000 Mark. Ebenso weisen Rückgänge auf die Erträge der Börsensteuer.

— (Die deutsch-russischen Verhandlungen) betreffen eines neuen Zollübereinkommens sind noch nicht abgebrochen, wenn auch neuerdings geringere Hoffnungen auf ein betriebendes Resultat vorhanden ist. Die hier überreichte russische Note begründet die Ablehnung der diesseitigen Vorschläge und bringt gleichzeitig erneute Vorschläge vor, die augenblicklich einer Prüfung unterzogen werden. Auch dem Reichstage soll bei geeignetem Anlaß Mitteilung über den Stand der Angelegenheit gemacht werden.

— (Eine höhere Besteuerung des Tabaks.) Nach dem dem Bundesrath zugegangenen Steuerergänzungsantrag sollen die Mittel zur Deckung der Mehrausgaben aus der Militärvorlage durch eine

Verdoppelung der Brauksteuer, eine Verminderung der Liebesgabe für die Brenner um 5 Mk. und durch eine Verdoppelung der Börsensteuer von Kauf- und Anschaffungsgegenständen über Wertpapiere (1/10 pro Mille) und über börsenmäßig gehandelte Waaren (1/10 pro Mille) aufgebracht werden. Außerdem sollen die Abkufungen für Berechnung des Steuerfußes (2000 und 10 000) verkleinert und dadurch die Möglichkeit ausgeschlossen werden, daß namhafte Beträge von der Besteuerung frei bleiben. Auf eine höhere Besteuerung des Tabaks hat die Reichsregierung, da eine Verständigung mit den süddeutschen Staaten über die Modalitäten nicht zu erzielen war, verzichtet. Das Gegenzugedächtniß der Süddeutschen besteht offenbar in der Zustimmung zu der Verdoppelung der Brauksteuer, durch welche die von den süddeutschen Staaten zu zahlenden Aversen erheblich erhöht werden. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge wird der Ertrag dieser neuen Steuern auf 58 Mill. Mk. geschätzt. Die fehlenden 6 Millionen werden demnach durch Erhöhung der Matrifularbeiträge gedeckt werden müssen. Die eigentliche piece de resistance dieses Steuerbündels ist die Verdoppelung der Brauksteuer, die für sich allein über die Hälfte des Gesamtbetrags einbringen soll. Es ist das siebente Mal, daß im Reichstage die Erhöhung des Brauksteuergesetzes in Vorschlag gebracht wird und hoffentlich wird auch dieses Mal der Liebe Mühe umsonst sein. Die beste Steuerpolitik ist immer die, den Verbrauch der besteuerten Objecte zu fördern und dadurch den Ertrag der Steuer zu steigern. Namentlich gilt das von einem Gegenstand wie das Bier, das für weite Kreise der Bevölkerung nicht mehr ein Genussmittel, sondern ein mehr oder weniger unentbehrliches Nahrungsmittel geworden ist. Erzwingt man jetzt durch Besteuerung oder Verschlechterung des Biers einen theilweisen Verzicht auf dasselbe, so würde man dadurch nur der Branntweinverehrung Vorschub leisten, über welche in der Begründung der vorjährigen Ertragsausgleichsvorlage so beweglich gesagt wurde.

— (Zur Verkürzung der Liebesgabe an die Branntweineinbrenner.) Auffällig ist, daß nach einer Notiz des „Reichsanzeigers“ im Branntweinsteuergesetz nicht nur der Steuerfuß für den contingentirten Branntwein von 50 auf 55 Mk. erhöht, sondern gleichzeitig auch das contingentirte Quantum ermäßigt werden soll. Bisher beträgt das contingentirte Quantum in der norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft 45 Liter pro Kopf der Bevölkerung. Dieses soll auf 4 Liter herabgesetzt werden; der Antheil Süddeutschlands an der Contingentierung mit 3 Litern pro Kopf der Bevölkerung soll aber unverändert bleiben. Auf den Branntweinverbrauch als solchen wird diese Maßregel ohne Wirkung bleiben; sie ist nur eine Garantie für die um 25 % vergrößerte Liebesgabe.

— (Gegen die Militärvorlage.) Den Centrumsabgeordneten Grafen Konrad Preyhing hat der katholische Männerverein in Straubing beschloffen zu ersuchen, im Reichstage der neuen Militärvorlage sowie, überhaupt jeder auf Vermehrung des Heeres und weiteren Belastung des Volkes abzielenden Vorlage ein entschiedenes „Nein“ entgegenzusetzen. Ferner wurde angeregt, alle katholisch-politischen Vereine Bayerns zu einer ähnlichen Stellungnahme gegen die Militärvorlage zu veranlassen.

— (Eine Lücke in den Beamtengeetzen.) Mit Recht wird in einem Eingebot der „Köln. Ztg.“ aus Anlaß des Scholersprechens für die Postbeamten darauf aufmerksam gemacht, daß die Pensionsgesetze für Beamte und deren Hinterbliebenen in keiner Weise darauf Rücksicht nehmen, ob der Beamte aus dienstlicher Veranlassung den Tod erleidet oder erst durch Altersschwäche Amt oder Leben einbüßt. Die Pensionen berechnen sich stets nach der Länge der Dienstzeit. Wenn ein Förster durch einen Wilddieb zum Krüppel geschossen oder gar getödtet wird, so hat dies keinerlei Einfluß auf die Bemessung der Pension für ihn oder seine Hinterbliebenen. — Das Mindeste müßte unseres Erachtens darin bestehen, die Pensionen in solchen Fällen nach dem Mafte des Unfallversicherungsgeetzes zu berechnen.

— (Stimmen für das Realgymnasium.) Es ist erstens, wahrzunehmen, wie sich an verschiedenen Orten der gesunde Sinn des Bürgerthums der ihm lieb und werth gewordenen Realgymnasien annimmt. In einer Stadt der Westprovinzen hat das Curatorium eines Realgymnasiums auf geforderte Anfrage erklärt, es wolle lieber auf den Staatszuschuß (von 700 Mk.) verzichten, als auf die Umwandlung der Anstalt in eine lateinlose Anstalt eingehen. In Kolberg ist es von den Stadtverordneten der Antrag auf Umwandlung der Realgymnasialklassen verworfen worden. In Keiße haben die Wähler zur Stadtverordnetenversammlung Director Gallien, den natürlichen Vertreter und Beistandiger des Realgymnasiums mit 3 Gemeindegemeinschaften in die Stadtvertretung gewählt. In Görtzig soll die Anfrage eingetroffen sein, ob man nicht eine Oberrealschule einrichten wolle. Inzwischen hat dort die

Petition um Erhaltung der Realgymnasialklassen schon über 500 Unterschriften gefunden, darunter viele Namen vom bestem Klang.

Sozialdemokratischer Parteitag

Am Freitag kam die Stellungnahme der Sozialdemokratie zum Staatssozialismus zur Erörterung. Es ist hierüber eine Einigung zwischen den freitenden Genossen nach außen erfolgt, welche durch eine gemeinsame von Liebknecht und Vollmar unterzeichnete Resolution documentirt wird, die ausspricht, daß die Sozialdemokratie mit dem sogenannten Staatssozialismus nichts gemein hat, der letztere gebe nur dem Staat die Macht, des Privatcapitals, die Sozialdemokratie verlange aber Neugestaltung des Staats und sei revolutionär. Liebknecht erklärte die Resolution des Näheren und erklärte, bei seiner früheren Auseinandersetzung mit Vollmar durchaus keinen persönlichen Streit beabsichtigt zu haben. Der „Vorwärts“ habe zur Frage Stellung nehmen müssen. Die Resolution zeige, daß die Hoffnung der Gegner auf eine Spaltung der Sozialdemokratie eine verfehlte gewesen sei. Liebknecht suchte sodann im Weiteren nachzuweisen, daß Staat und Sozialismus unvereinbare Gegensätze wären, weil der Klassenstaat auf Ausbeutung der Arbeiter beruhe, der Sozialismus diese Ausbeutung beseitigen wolle. Das Arbeiterschutzgesetz sei lediglich ein Gesetz zum Schutze der Arbeitergeehr. Der kontervaire Staat könne nicht die soziale Frage lösen, auch nicht durch Verstaatlichung, weil die Besitzer ihr Eigentumsrecht sich zu bezahlen ließen. Der letzte Kampf der Sozialdemokratie werde der gegen den Staatssozialismus sein. Vollmar stellte seinen ganzen früheren Streit mit Liebknecht lediglich als einen Vorstreit hin, der ihnen von den Gegnern ausgewungen sei. Der Fehler sei gewesen, daß der „Vorwärts“ Stellung genommen habe, ohne erst eine Berichtigung auf die ersten Mißstellungen der bürgerlichen Blätter abzuwarten. Seine fragliche Aeußerung habe gar keinen Einfluß auf das praktische Handeln der Partei; es handelte sich nur um eine theoretische Auseinandersetzung, wie Staatssozialismus definiert werden kann, nicht, wie er definiert werden muß. Betreffs des praktischen Handelns habe er stets auf dem Standpunkt der Resolution gehalten.

In der Discussion gab Bebel Vollmar die Schuld, den Streit angefangen zu haben; man hätte garnicht suchen sollen, den Staatssozialismus in ein System zu bringen, denn es gebe keinen Staatssozialismus als System. Vollmars frühere Aeußerungen hätten Verwirrung hervorgerufen, heute aber sei klarer Weg geschaffen. Die Discussion wurde nach mehreren vergeblichen Schlussanträgen erst gegen Mittag geschlossen.

Nach Schlussworten von Vollmar und Liebknecht wurde die Resolution Vollmar-Liebknecht einstimmig angenommen.

Im weiteren Verlaufe der Freitagssitzung sapte der Parteitag den Beschluß, den nächstjährigen internationalen Arbeiterkongress durch drei Delegirte zu beschicken, dagegen sich an dem von den englischen Trades Unions beschlossenen Gewerkschaftskongress nicht zu betheiligen. Auer referirte darauf über das Genossenschaftswesen, den Boykott und die Kontrollmarken und empfahl eine längere Resolution, welche die Gründung von Genossenschaften zur Erleichterung möglicher gemeinsamer Genossen und bei genügender finanzieller Grundlage empfiehlt, den Boykott lediglich bei Fragen von allgemeinem tiefgehendem Interesse für die Arbeiterkreise, besonders zur Zurückweisung politischer Schädigung, dagegen unter keinen Umständen zur politischen oder wirtschaftlichen Vergewaltigung verlangt und ebenso die Kontrollmarken in den Fällen verweist, wo durch dieselbe der gewerkschaftliche Kampf überflüssig gemacht oder sie als directes Zwangsmittel und als materielle Vergewaltigung Einzelner benugt wird.

In einer weiteren Sitzung am Freitag Abend stellte Liebknecht eine frühere Aeußerung dahin richtig, daß er nicht gesagt habe, es gebe für das geistliche Vermögen keine andere Einschätzung, wie für das materielle, sondern daß die Selbsteinschätzung nicht für das geistliche Eigentum dehe.

Bei der Debatte über die Gewerkschaftsorganisation gingen die Meinungen auseinander. Legien (Hamburg) vertrat eine Resolution, welche es als Pflicht jedes Genossen erklärt, der Gewerkschaftsorganisation anzugehören und sich deren Beschüssen zu fügen. Auer erklärte in seinem Schlusswort, daß in der Partei keine Strömung gegen die Gewerkschaften bestehe, sondern die Partei jedem Genossen zum Beitritt zu derselben empfehle. Darauf kam die Auer'sche Resolution zur Annahme.

Mit Rücksicht auf die zahlreichen Einzelanträge wurde am Sonnabend beschloffen, mehrere Referate von der Tagesordnung abzusetzen. Auf Vorschlag Vollmars wird über die zum Parteiprogramm gestellten Anträge zur Tagesordnung übergegangen. In Bezug auf das Pressewesen wurde ein Antrag

Deutschland.

— (Ueber die Missionsthätigkeit in Deutsch-Ostafrika.) In Nummer 222 unseres Blattes hatten wir nach Berliner Blättern einen Bericht des Missionärs Dr. Wagemann erwählt, den derselbe in der Vorstandssitzung der Deutschen Colonialgesellschaft zu Leipzig (am 21. October) gehalten und der nach einer kürzlich veröffentlichten Erklärung des genannten Herrn unrichtig dargestellt worden ist. Herr Dr. Wagemann schreibt in seiner Berichtigung in Bezug auf die auch von uns erwähnten Punkte: „Wenn der Berichtsteller mir die Worte in den Mund legt, inbetriff des Anfanges und Fortganges der neuesten Unternehmungen der Berliner Missionsgesellschaft im Norden des Niasafes sei nicht viel Erreichtes zu berichten, so weiß jeder Leser der Berliner Missionsberichte, daß ich gerade unsere neue Niasa-Mission als unser hoffnungsvollstes Missionsgebiet angesehen habe, daß Merensky seine Aufgabe glänzend gelöst hat und daß die Herzen von Missionsfreunden und Missionären fröhlich aufstachen bei dem Blick auf diese Mission. Wenn der Berichtsteller mir ferner die Worte in den Mund legt: „Die eingeborene Bevölkerung bringt dem Christenthum wenig Sympathie entgegen“, so habe ich im Gegentheil gesagt, wohl selten in der Missionsgeschichte sind Missionare von einem Heidenvolk mit so freudigem Vertrauen aufgenommen worden, wie die unsrigen vom Kondeboll. Wenn der Berichtsteller ferner mir die Worte unterschreibt, „es ist Thatsache, daß ein freier Veger sich noch niemals dauernd zum Christenthum bekehrt hat“, so hat er einfach nicht nur selbst gelogen, sondern mir auch eine Lüge in den Mund gelegt. Denn ich habe viele treue Christen aus den Regen kennen gelernt, die nicht bloß wahrhaft bekehrt waren, sondern auch ihr Bekenntniß mit einem so thätigsten Christenleben und Streben befestigt haben, daß sie vielen Weißen ein beschämendes Vorbild gewesen sind. Wenn der Berichtsteller endlich mir die Worte in den Mund legt, „die Missionen werden ausschließlich mit Sklaven bevölkert, welche den Händlern entkommen oder abgenommen worden sind“, so hat er abermals gelogen und mir eine Lüge in den Mund gelegt, denn unter unsrer mehr als 24 000 farbigen Christen ist kein einziger, der den Händlern entlaufen oder losgekauft worden ist. Was den übrigen Theil des Berichts betrifft, so enthält derselbe viel Konfusionen und Irrführendes. Wenn der Berichtsteller mir die Worte in den Mund legt: „Die Dörfer starrten von Schmutz“, so ist das sicherlich eine etwas ungenaue Wiedergabe meiner Worte, die ich aus Merensky's Tagebüchern verlas: „Man kann sich kaum etwas Unhygischeres in Afrika vorstellen, als solches Kondeboll. In den Heimen ist es reinlich, die Straßen sind geseggt... besonders fallen die hübschen Kuhställe in die Augen... die Wohnhäuser sind oft so niedrig und reinlich, daß man sie in Europa für hübsch erachten würde.“ Ich halte im Gegentheil zu den überaus reinlichen Kondebollern von dem Schmutz in zwei von Merensky besuchten Dörfern arabischer Sklavenhändler erzählt.“

Parlamentarisches.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 19. Nov.) In der Generaldebatte über die Steuererlässe sprach heute Abg. Graf Seyd (ftl.) gegen die Reform als eine agrarische und gegen die Vermögenssteuer, Abg. v. Jagow (konst.) für die Reform, aber mit Vorbehalten bezüglich der Vermögenssteuer. Alsdann nahm Abg. Richter das Wort zu einer geradezu vernichtenden Kritik der Ministerialentwürfe. Der Finanzminister nicht entgegen zu gehen hätte als den Bemerkungen, daß Herr Richter immer nur negative, aber positive Gegenstände vermissen lasse. In einer persönlichen Bemerkung constatirte Abg. Richter, ganz denselben Vorwurf habe der Finanzminister vor 2 Jahren bei der ersten Beratung des Einkommensteuergesetzes gemacht: nachher aber in der Detailberatung die von ihm und seinen Freunden eingebrachten Verbesserungsvorschläge angelehnt. Wenn der Finanzminister im Stande gewesen sei, seinen Ausführungen zu folgen, so werde er über das, was er wolle, nicht im Zweifel sein. Ueber die Zwischenrede des Ministerpräsidenten ist bereits im heutigen Heftartikel berichtet. Die Beratung wird Montag fortgesetzt.

Volkswirtschaftliches.

(Neue Einwanderungsbeschränkungen werden aus den vereinigten Staaten Nordamerikas gemeldet. Der New Yorker Einwanderungscommissar hat am Dienstag angeordnet, keinen Einwanderer durchzulassen, welcher nicht mit einer Eisenbahnfahrkarte, einem Gepäckschein und 10 Dollars Geld versehen ist. In Folge dessen wurden 200 Einwanderer nach der Kontrollstation auf Ellis Island gebracht. Die Einwanderer sowie Vertreter der Eisenbahn- und der Dampfschiffahrtsgesellschaften protestirten energisch, jedoch vergeblich dagegen. Die Gesellschaften drohen die Angelegenheit vor Gericht zu bringen. Das Schöpami bereitet ein Circular

vor, worin bestimmt wird, daß die auf 20 Tage festgesetzte Quarantäne für Einwanderer künftighin nur auf die Zwischendepassagiere anzuwenden sei. (Die vorläufigen Ernteergebnisse des Jahres 1892 in Preußen werden in einer Sondernummer der „Stat. Corr.“ veröffentlicht. Die Ernte ist hierbei auf Grund der sog. vorläufigen Ermittlung, die erst im October durch die landwirtschaftlichen Vereine freiwilleg festgestellt hat, festgestellt. Das Ergebnis ist für die drei Hauptfruchtarten, Winterweizen, Winterroggen und Kartoffeln, ein ungemein günstiges. Es übertrifft die Vorjahre sehr erheblich und ist umso mehr ins Gewicht fallend, als bekanntlich das Jahr 1891 eine überaus schlechte Ernte hatte. Hülsenfrüchte, Futterkräuter, auch Hafer und Gerste hatten allerdings eine nicht so günstige Ernte. Nimmt man eine Mittelernte gleich 100 an, so betrug die diesjährige Ernte beim Winterroggen 114, Kartoffeln 112, Winterweizen 110, Sommergerste 101, Gersten 98, Wintererbsen 96, Ackerbohnen 95, Hafer 91, Weizen 90, Hopfen und Wiesenhheu 82, Klebeu 75, Buchweizen 72 und Lupinen 68. Setzt man mehr als einem Jahrzehnt ist die Roggen-, Weizen- und Kartoffelernte nicht so gut gewesen, wie in diesem Jahre.

Provinz und Umgegend.

- † Oera, 20. Novbr. Nach dem Tageblatt ist festgestellt, daß der ehemalige Reichshaus-Raffiner Olier sich erheblicher Unterschlagungen (man spricht von 15 000 Mk.) im Amte schuldig gemacht hat. Gl. ist verhaftet worden.
- † Kassel, 19. Novbr. Auf der Bahnstrecke nach Thüringen stürzte der Schaffner Höke beim Locken der Fahrkarten vom Trittbrett eines Wagens und wurde bekehrt.
- † Neugattersleben, 20. Novbr. Der Kaiser wird am 22. d. nachmittags 4 Uhr sich von Berlin aus zu Jagden hierher als Gast des Baron von Alvensleben begeben und am Abend des nächsten Tages wieder abreisen.
- † Eisleben, 19. Novbr. Nach einer der „S.-Ztg.“ als zuverlässig mitgetheilten Nachricht soll die Ausschöpfung der Mansfelder Seen beschlossene Sache sein.
- † Magdeburg, 20. Novbr. In einem Hause der Stephansbrücke erignete sich der „Mag. Ztg.“ zufolge ein schwerer Unglücksfall. Die verheiratete Bahnarbeiter Emma K., geb. S., die schon seit längerer Zeit an Krämpfen leidet, begab sich gestern Nachmittag mit einer brennenden Petroleumlampe in den Keller. Hierbei wurde die Unglückliche wieder von Krämpfen befallen, die Lampe entfiel ihrer Hand und explodirte. Das brennende Petroleum setzte die Kleider in Brand. Frau K. lief mit brennenden Kleidern bis auf die Straße, wo ein Schugmann das Feuer löschte. Nach der Aufnahme in der städtischen Krankenanstalt stellte sich heraus, daß der ganze Oberkörper der Unglücklichen schwer verbrannt war, so daß auf eine Genesung nicht zu hoffen ist.
- † Leipzig, 19. Novbr. Die zu heute von Professor Delbrück-Berlin hierher einberufene Versammlung zu Gunsten der Berliner Weltausstellung ist verlag worden.
- † Bom Eichsfelde, 18. Novbr. Im Walde des Dymberges (Kreis Worbis) wurde nach einer Meldung der S.-Ztg. von Arbeitern die Leiche eines dem Mittelstande angehörigen jungen Mädchens aufgefunden. Die Leiche war bereits stark in Zersetzung übergegangen. Die Kleidungsstücke lagen zerstreut und zerstückt umher, der Kopf war vom Rumpfe getrennt, ein Handkoffer, der vermutlich dem jungen Mädchen gehört hat, lag, seines Inhaltes beraubt, in der Nähe. Es liegt anscheinend ein Raubmord à la Buntrock vor.
- † Mühlhausen, 19. Nov. Die Ziehung der Mühlhäuser Geldlotterie, gegen welche wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten von verschiedenen Seiten Protest erhoben worden war, ist vom Minister des Innern für gültig erklärt worden. Redacteur Dr. Schütze von der „Mühl. Ztg.“, der Brindinger des ersten Protests, protestirte sofort telegraphisch bei dem Gesamtministerium und begründete seinen erneuten Protest mit den vor zahlreichem Zeugen vorgekommenen Unregelmäßigkeiten; er verlangt eingehende Untersuchung.
- † Corbetha, 18. Nov. In der Retirade des hiesigen Bahnbesors ist die Leiche eines neugeborenen Kindes gefunden worden. Der zuständigen Behörde ist hiervon Mittheilung gemacht.
- † In Dessau ist am Sonnabend Abend die Schneidemühle von Tadmann u. Sohn mit riesigen Holzvorräthen zum größten Theile ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden berechnet sich nach Hunderttausenden.

Localnachrichten.

Merseburg, den 22. November 1892.
** Der königl. Regierungspräsident hieselbst giebt unterm 19. d. durch Sonderausgabe des Amtsblatts bekannt: Das unterm 12. October veröffentlichte Verbot der Ein- und Durchfuhr von gebrauchten Kleidern, von gebrauchter Leib- und Bettwäsche, Hader und Lumpen aller Art, Obst, frischem Gemüß, Butter und fogen. Weichhäse aus den Niederlanden wird hierdurch aufgehoben.
** Der vorgefrigte, unseren Entschlafenen geweihte Sonntag ließ wiederum Tausende zu den Säeten des Friedens pilgern. Schon am Sonnabend entsiedelte sich auf denselben ein reger Verkehr; unmaßliche Kränze, Kreuze und sonstige Blumengebilde wurden als Zeichen der Liebe, die über das Grab hinaus währt, auf den Ruhestätten der Verstorbenen niedergelegt und manche Thranen benetzte das dürre Gras der kleinen Todtenhügel. Der Ernst des Tages machte sich auch beim Kircheneufsch geltend, der in allen Parochien unserer Stadt ein sehr zahlreiches war. Die Aufführung des Brahm'schen Requiem's im Dome gab dem wohlwollen Feste auch diesmal einen würdigen Abschluß.
*** Die Vorführung des unvergleichlichen Requiem's von Brahms durch den hiesigen Gesang-Verein war eine erhebende, tief ergreifende Lobensfeier. Reich und imposant wirkte das geniale Werk wieder von neuem, sowohl durch vocale, wie instrumentale Schönheiten. Die Aufführung war, dank der vortheilhaften Leitung des Herrn Musikdir. Schumann, trotz der sehr erheblichen Schwierigkeiten, welche sich dem Chor und Orchester darbieten, eine vorzügliche zu nennen. Es hatte nach allen Seiten hin eine sorgfältige Einstudirung stattgefunden, und übten namentlich die imposanten Chöre Nr. 2 und 6 eine erschütternde, überwältigende Wirkung. Lob verdienen auch die Ausführungen der Solopartien, die in den Händen von Mitgliedern des Vereins lagen. An den Leistungen des Soprans konnte man sich ohne Rückhalt delectiren; die Töne waren durchgängig von reiner Empfindung. Der Bariton verfügt über schöne Stimmmitel und brachte seine wenig dankbare Partie mit vielem Ausdruck zur Geltung. Sämmtliche Ausführende haben mit Aufführung dieses Werkes einen neuen Beweis ihrer künstlerischen Leistungsfähigkeit gegeben.
** Wie schon in vor. Nr. erwähnt, finden heute, Dienstag, sowie Mittwoch und Donnerstag Abend in der Kaiser Wilhelms-Halle große Kriegs-Festspiele statt, welche uns Szenen aus dem Feldzuge von 1870-71 vor die Augen führen, mit erläuternder Declamation und verbindender Musik. Diese Darstellungen umfassen 28 lebende Bilder von der Kriegserklärung bis zur Heimkehr ins Vaterland und werden von 120 Personen in Uniformen und mit Waffen ausgeführt. Nach den uns vorliegenden Recensionen steht uns ein ganz vorzüglicher Kunstgenuss in Aussicht. Schon das erste Bild: Kriegserklärung, läßt uns die Wirkung, den Einbruch und die Begeisterung nachfühlen, die seiner Zeit aller Herzen ergriff. Es würde zu weit führen, uns auf die ganze Dichtung Verfassers derselben ist Herr Lehrer J. Diehl in Hamm hier einzulassen; wir erwähnen deshalb nur, daß der dritte Theil uns die ersten und großen gewonnenen Schlachten ins Gedächtnis ruft und uns im Geiste das geschlagene französische Heer durch unsere Sieger verfolgen läßt, bis endlich am 1. September die Heerführer unter den Mauern Sedan, um die Ehre und ihre Dynastie ringend, sich gegenübersehen. Das Schlachtenbild entrollt sich auf der Bühne, bis plötzlich „Hahn in Ruh“ ertönt und Napoleon, seinen Leuten überreichend, vor unsrem siegreichen Heer Kaiser Wilhelm I. steht. Mit den Worten: „Und nun zurück zur Arbeit, daß im Frieden wir vorwärts streben unter deutschem Aar!“ schließt die treffliche Erläuterung und mit dem von der Musik angehimmeten: „Heil Dir im Siegerkranz!“ findet das Ganze einen würdigen Abschluß.
** Nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts kennen Geldrollen, welche mit der Bezeichnung ihres Inhaltes und mit einem zu dieser Bezeichnung in Beziehung gebrachten Namen versehen sind, für beweiserhebliche Privaturkunden gelten und es kann mithin das Beschriften einer solchen Geldrolle mit einer wissenschaftlich falschen Inhaltsangabe als „Urkundenfälschung“ angesehen werden.
** Das Formular für die Steuererklärungen, welche zum Zwecke der Veranlagung zur Einkommensteuer von allen bereits mit einem Einkommen von über 300 Mk. veranlagten Personen ohne weitere besondere Aufforderung alljährlich zu der öffentlich bekanntgemachten Zeit abzugeben sind — voraussichtlich wieder in den ersten 14 Tagen des Monats Januar —, ist von dem Herrn Finanzminister neu aufgestellt worden. Diejenigen Fragen,

Merseburger Correspondent.

Ersteinst:
Sonnab., Mittwo., Donnerst.
und Sonnab. früh 7 1/2 Uhr.
Satzpreis: Deigende Nr. 8.

Wöchentliche Beilage:
Illustrirtes Sonntagsblatt.

Abonnementspreis
für das Quartal: 1 Mark bei Abholung. —
1 Mark 20 Hg. durch den Fernträger. —
1 Mark 25 Hg. durch die Post.

No. 231

Dienstag den 22. November.

1892.

Für den Monat Dezember werden Abonnements auf den

„Merseburger Correspondent“
zum Preise von 40 resp. 42 Pf. von allen Postanstalten, Postboten, sowie in der Expedition entgegengenommen.

Zusätze finden bei der großen Auflage des Blattes die zweckentsprechende Verbreitung.

Das preussische Staatsministerium und die Militärvorlage.

Am Schlusse seiner Rede bei der ersten Verathung der Steuerreform hat der Abg. Richter im Abgeordnetenbause in treffender Weise auf die Verwirrung hingewiesen, welche durch die gleichzeitige Verathung der wichtigsten Steuerreform im preussischen Landtag und der Militärvorlage — der größten, mit der der Reichstag sich jemals zu beschäftigen hatte, hingewiesen und dieselbe als die Folge der Halbierung des Reichskanzleramtes, der Trennung der Stellung des Präsidenten des preussischen Staatsministeriums von demjenigen des Reichskanzlers bezeichnet. Die Wirkung dieser Trennung sei das maßlose Ueberwuchern militärischer Ansprüche gewesen. Herr Richter erhob hierbei den Vorwurf gegen das preussische Staatsministerium, daß es nicht energisch gegen die gleichzeitige Befassung des Reichstages mit der militärischen Vorlage eingetreten sei, welche eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 100 000 Mann, eine Steigerung des Militäretats um 67 Millionen Mark und ein Bündel neuer indirecter Steuerentwürfe zur Deckung derselben in einem Augenblicke, mo der preussische Landtag mit neuen directen Steuerprojecten in Anspruch genommen sei. Zum mindesten hätte die Militärvorlage bis zum nächsten Jahre vertagt werden müssen. Wie werde das Abg.-Haus in Ruhe weiter berathen können, wenn der Reichstag aufgelöst werde? Als auf der Rechten Seite des Zweifels laut wurden, entgegnete der Abg. Richter die Herren hätten offenbar keine Ahnung davon, daß der Reichskanzler mit seiner ganzen Ueberzeugung für die Militärvorlage eintreten werde. Wie die Dinge stünden, sei die Möglichkeit gegeben, daß das Ergebnis der Verhandlungen im Reichstage wie im Landtage ein negatives sei. Der Minister des Innern erklärte auch seinerseits an, daß die Militärvorlage den ersten Rang behaupte, da er die Kreisblätter mit Artikeln für die Militärvorlage anfüllen lasse, während von der Steuerreform gar nicht die Rede sei. Die Entgegnung des Ministerpräsidenten beschränkte sich auf die Erklärung, daß das preussische Staatsministerium keineswegs bei den Verhandlungen über die Militärvorlage in den Hintergrund zurückgedrängt worden sei. Das preussische Staatsministerium sei über die Vorlage in allen Städten informiert worden und habe derselben in voller Uebereinstimmung zugestimmt. Daran anknüpfend erhob Graf Eulenburg die Anklage gegen die Presse, daß sie die Militärvorlage unzulässiger Weise bekämpft habe. Eines schönen Tages sei die Nachricht aufgetaucht, die Militärvorlage sei dem Bundesrath vorgelegt worden, während sie thatsächlich dem Staatsministerium zugegangen war. Die Nachricht sei sofort widerlegt worden; gleichwohl habe die Presse wochenlang fortgefahren, über die Zurücksetzung des preussischen Staatsministeriums zu klagen. Graf Eulenburg tritt sich. Es ist richtig, daß zunächst die falsche Nachricht auftauchte, die Militärvorlage sei dem Bundesrath zugegangen. Dieser Nachricht wurde allerdings schon am nächsten Tage widersprochen; aber die berichtete Nachricht, welche damals die „Nat.-Ztg.“ brachte, ging dahin, daß die Militärvorlage dem Staatsministerium zugegangen sei, aber nur zur Kenntnisaufnahme. Diese Meldung war es, die einen Sturm der Entrüstung in der Presse hervorrief. War sie unzutreffend, warum hat Graf Eulenburg damals nicht sofort im „Reichsanzeiger“ das Gegenheil erklärt lassen? Damals wäre die Erklärung, die er

am Sonnabend im Abgeordnetenbause abgegeben, am Plage gewesen. Wehalb ist sie nicht bei Zeiten erfolgt? Eine solche Erklärung hätte den Erörterungen der Zeitungen mit einem Schlage ein Ende gemacht. Vor Allem wäre es dann unmöglich gewesen, daß die offiziöse Presse — wie Graf Eulenburg jetzt behauptet, im Widerspruch mit der thatsächlichen Lage — den Nachweis zu erbringen versuchte, daß die Vorlegung des Militärgelegenheitsgesetzes an das preussische Staatsministerium zur Kenntnisaufnahme durchaus der langjährigen Praxis entspreche, mit anderen Worten, daß das Staatsministerium gar keinen Anspruch darauf habe, bei der Vorbereitung einer solchen Vorlage im Reichskanzleramt beihelligt und gefragt zu werden. Wenn Graf Eulenburg heute versichert, daß das in jedem Stadium der Sache geschehen sei, wie war es dann möglich, daß das preussische Staatsministerium damals die von falschen Voraussetzungen ausgehenden, seine staatsrechtliche Stellung beeinträchtigenden Erörterungen in der „N. N. Z.“ u. s. w. über sich ergehen ließ? Auf diese Frage hat Graf Eulenburg auch diesmal keine Antwort gegeben und das wird den Eindruck seiner Worte auf die öffentliche Meinung wesentlich abschwächen. Vielleicht wird die Sachlage durch die Erörterung im Reichstage besser geklärt werden.

Politische Uebersicht.

Zu einer unerhörten Scandalenscene ist es in der Freitagssitzung des **Reichstages** gekommen. Der Jungtschehe Massaryk erging sich in wüthenden Angriffen gegen Preussland, bei denen er u. A. behauptete, die, und den deutschliberale Demoskribe sagte auf böhmischen bei den Jungtschehe böhmischen die Wenigers inen unge- von den Viele führten tribüne unter sen wir uns aufen! Das vo Wenger! Eschächen mit unpassenden o gefährlicher ffarsch, ist er ng der Jungtschehe drohend in Geschrei Man schrie die in dem unverständlich ch, es werde sident rief unung. Trog- die Sitzung von dem Präsidenten geschlossen werden mußte. Wie verlautet, hat eine ganze Serie jungtscheher Abgeordneten Menger zum Duell gefordert. Auf Verlangen Massaryks hat der Präsident am Sonnabend die Wahl eines Mißbilligungsausschusses über die Aeußerung Mengers verfügt; dieser erklärte, eine persönliche Kränkung habe ihm fern gelegen.

Die **französische** Regierung hat bei der Verathung des Entwurfs über die Pressegesetzverschärfungen am Freitag einen provisorischen Erfolg erzielt, insofern, als die Deputirtenkammer dem Verlangen des Ministerpräsidenten Leube, zunächst über diesen Entwurf zu entscheiden, entsprach und mit 329 gegen 225 Stimmen beschloß, zur Verathung der einzelnen Artikel des Entwurfs überzugehen. Leube hatte für dies Verlangen die Vertrauensfrage gestellt und zugleich seine Bereit-

willigkeit erklärt, nach der Entscheidung eine Interpellation über die allgemeine Politik des Cabinets zu beantworten. — Ob dieser vorläufige Erfolg auch bei der weiteren Verathung noch anhalten wird, erscheint allerdings sehr zweifelhaft. — Ein politischer Scandal droht in Paris abermals auszubrechen. Floquet wird neuerdings von der „Gacete“ angeschuldigt, daß er sich von der Panamagesellschaft, 300 000 Francs zur Bekämpfung der Wahlboulanger habe geben lassen. Trotz der Unwahrscheinlichkeit der Beschuldigung nehmen die Pariserblätter doch ernsthaft davon Notiz. — Eine Anarchistenverhaftung hat am Freitag in Paris stattgefunden. Dieselbe betraf einen Deutschen Namens Franz Büchel, angeblich aus Köln stammend, der anarchistische Broschüren geschrieben haben soll.

Aus Brüssel, 19. Nov., wird uns geschrieben: In der letzten Zeit konnte man in der deutschen Presse allerlei sensationelle Mittheilungen über die furchtbare Erregung lesen, welche sich anlässlich der Verfassungsrevision im Allgemeinen und der Thronrede im Besonderen der Gemüther in Belgien bemächtigt hätte. Diese Mittheilungen waren indessen in der That, in der sie veröffentlicht wurden, theilweise darnach angehan, um ganz falsche Vorstellungen von der Lage der Dinge in Belgien zu erwecken. Wahr ist nur, daß die Sozialisten in den verschiedenen Städten wiederholt öffentlich Reden zu machen suchten und zwar ohne einen weiteren Erfolg, als daß es hier und da zu Zusammenstößen mit den Wächtern der öffentlichen Ordnung kam, die Bourgeoisie dagegen und die nicht-sozialistischen Arbeiter hielten sich — den 8. November ausgenommen — von allen Strosendemonstrationen völlig fern. Im ganzen Lande herrscht noch immer die vollständigste Ruhe, die selbst durch die furchtbaren, von den sozialistischen Extremisten in Gent und Brüssel gegen den Staat und die vertrittete Gesellschaft geschleuderten Drohungen keinen Augenblick irgendwie ernstlich gestört wurde. Würde alles in Belgien so bleiben, wie es jetzt ist, d. h. hätte man hier nichts anderes zu fürchten als die Drohungen der Herren Ansele und Bolbers, daß ihre Geduld demnächst erschöpft sei und daß das Volk alsdann sich nehmen würde, was man ihm nicht gewillig geben wollte, so könnte man hier noch einer langen Reihe von unendlich friedlichen Tagen entgegensehen. Wie indessen heute die Verhältnisse liegen, ist es keineswegs ausgeschlossen, daß Demonstrationen von der Art derjenigen vom 8. November sich demnächst wiederholen und daß dieselben alsdann vielleicht einen recht bedenklichen Charakter annehmen werden. Wer nämlich hier zu Lande sich bei seinem Urtheile über die Gesamtanlage nicht allein auf die Behauptungen einzelner hervorragender Parteigänger verläßt, dem kann es unmöglich entgangen sein, daß speziell seit dem Tage der so arg enttäuschenden Thronrede eine wesentlich andre Stimmung sich eines großen Theiles der Bevölkerung bemächtigt hat und daß in den Anschauungen so vieler eine entscheidende Wendung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes eingetreten ist. Das Volk, und die Bourgeoisie nicht am wenigsten, ist den mehr als zwanzigjährigen Kampf um die Verfassungsrevision ernstlich müde geworden, eine allgemeine Sehnsucht nach dem endlichen Frieden ist eingetreten, und diese Sehnsucht macht sich immer mehr in der charakteristischsten Bemerkung Luft: wer wehhalb will man denn eigentlich dem Lande das allgemeine Wahlrecht nicht geben, wehhalb streitet man sich fortwährend um alle die Formeln und Verschläge herum, welche nichts Halbes und nichts Ganzes liefern und von denen doch keiner dem jeglichen Schritte ein definitives Ende machen wird? Die Bourgeoisie ist eben auf dem besten Wege, sich vollständig zum allgemeinen Stimmrecht zu bekennen, und sie wird, wie man dies ja bereits hier in Brüssel gesehen hat, sich gegebenen Falles auch schließlich für die vordringlichen Wünsche der Arbeiter auch öffentlich einzutreten. Gerade hierin aber liegt das Bedenkliche der gegenwärtigen Situation, die als ein Zustand dumpfer Gährung und stiller, aber er

